



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die niederdeutsche Frage in Belgien und Südafrika. 1

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die niederdeutsche Frage in Belgien und Südafrika

1



Die Orientfrage ist freilich das Steckenpferd der europäischen hohen Politik, aber Deutschland ist daran bloß als Mitglied des europäischen Konzerts um seiner Großmachtstellung willen beteiligt. Unmittelbare deutsche Interessen stehen dort nicht auf dem Spiele. Auch etwaige Kolonisationsbestrebungen auf türkischem Boden kommen wohl nicht in Frage, solange es noch gilt, bestehende deutsche Siedlungen im Auslande zu schützen und altgeschichtlichen deutschen Boden und deutsches Volkstum gegen fremde Auffaugung thatkräftiger als bisher zu sichern. Die Erinnerungsfeiern der letzten Jahre haben uns aufs neue an den fränkischen Erbfeind gemahnt; aber diese ernste geschichtliche Warnung hat uns bisher nicht veranlaßt, in den noch tobenden Kampf einzutreten, wo thatsächlich dieser Erbfeind noch unser Volkstum außerhalb seiner eignen Staatsgrenzen in unerhörter Weise bedrängt und unterdrückt. Wir wollen zunächst ganz von dem Kleinstaat Luxemburg schweigen, der noch vor einunddreißig Jahren deutsches Bundesland gewesen ist. Fürsten aus dem deutschen Hause Nassau haben dies Ländchen aus Angst vor der preußischen Angliederung absichtlich französisirt, obgleich es 1870 für das Reich zu kaufen gewesen wäre. Schon 1867 wollte es sein damaliger Gebieter an Napoleon verschachern. Damals hat nicht Preußen, sondern das erwachte deutsche Nationalgefühl den schmählichen Handel hintertrieben. Moltke hielt damals den Zeitpunkt für die Abrechnung mit Frankreich für gekommen und günstig. Bismarck zog jedoch den Aufschub vor, um erst Süddeutschland ganz zu gewinnen. So blieb der Zwergstaat bestehen. Der ältere nassauische Zweig wird hoffentlich den französischen Firnis Luxemburgs endlich entfernen, da Deutschland auf die Dauer diese künstliche Verwelschung alten deutschen Landes wohl nicht dulden kann. Die größere Hälfte des alten Herzogtums Lüttelburg fiel 1833 an den neuen Staat Belgien, das Werk Frankreichs, das Friedrich Wilhelm III. in seiner unentschlossenen Zauberpolitik trotz der oranischen Freundschaft zu hindern unterließ, obwohl es in seiner Macht stand. Belgien wäre damit vielleicht dem alten Mutterlande, jedenfalls aber dem angestammten Volkstum zu erhalten gewesen. Die Vorgänger Kaiser Wilhelms I. kannten aber Bismarcks Leitspruch nicht: „Die

beste Parade ist der Hieb." Im Jahre 1870 waren die alten Scharren in den südlichen Niederlanden nicht mehr auszuwegen. Man mußte froh sein, daß durch die deutschen Siege das französische Gebilde mit dem keltischen und gänzlich ungeschichtlichen Namen „Belgien“ vor der französischen Eroberung bewahrt blieb.

Leider beharrte Deutschland auf dem national bedauerlichen Standpunkt unbedingter Zurückhaltung gegenüber dem alten und urgermanischen Reichslande, wo französirte Niederdeutsche als Wallonen eine französische Herrschaft aufgerichtet hatten. Das uneigennützig französische Nachbarreich wühlte vielleicht weniger offen, aber mit ungeschwächter Ausdauer munter in Belgien weiter und betrachtete nicht mit Unrecht Brüssel als eine Vorstadt von Paris. Die moralische Wirkung der Gründung des neuen Deutschen Reichs blieb jedoch trotz dessen offizieller Gleichgiltigkeit für das vergewaltigte altdeutsche Land nicht ohne nachhaltige Wirkung auf das Volksbewußtsein in Belgien. Der Blame erinnerte sich seiner niederdeutschen Abkunft und löckte wider den Stachel der wallonischen Willkür, die, wie alles Renegatentum, um so rücksichtsloser schaltete. Doch schrittweise siegte die vlämische Mehrheit, um nicht zu sagen, die sich ihrer deutschen Abkunft bewußte ganze Bevölkerung Belgiens. Der Widerstand der antinationalen, wallonischen Minderheit, die das Heft in der Hand hielt, machte die vlämischen Vorstöße um so nachhaltiger und sicherte ihnen den Erfolg. Aber das Ergebnis ist doch nur bescheiden. Noch nicht einmal die volle Gleichberechtigung des deutschen Volkstums mit den deutschen Abtrünnigen, die sich in nationaler Selbstentwürdigung Wallonen, d. h. Welsche, nennen, ist errungen worden. Frankreich unterstützt die Wallonen ganz offen mit materiellen Mitteln, weil mit deren Niederlage die Hoffnung auf die Einverleibung Belgiens natürlich schwinden müßte und die Anlehnung an das deutsche Mutterland mit Sicherheit erfolgen würde. Die Franzosen handeln also durchaus politisch, zumal da noch ein weiter Streifen niederländischen Bodens unmittelbar zu Frankreich gehört und die niederdeutsche Sprache in dem Küstenstrich um Dünkirchen, het vrie land, trotz aller Französierversuche auf dem Boden der grande nation selbst ertönt. Boulanger ließ daher seine Wahlkundgebungen im ganzen département du Nord zugleich in vlämischer Sprache verbreiten, und bei Beratung des Kriegsbudgets in der französischen Kammer begründete noch kürzlich ein Abgeordneter die Regierungsvorlage mit der freilich gerechtfertigten Befürchtung, daß im Kriegsfall Deutschland diese niederländischen, bis in dieses Jahrhundert, und die übrigen lothringischen, bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts deutsch gewesenen Departements als Siegespreis zurückfordern würde. Die Franzosen glauben daher nicht an die Selbstgenügsamkeit Deutschlands im Falle eines uns aufgezwungenen Krieges, sodaß wohl auch Bismarcks Wort vom fatten deutschen Reiche nur dahin zu verstehen ist, daß wir nicht selbst um dieses nationalen

Zweckes willen angreifen werden. Frankreich wird ja auch schon für die Gelegenheit sorgen.

Wir sind daher in hervorragendem Maße an der Lösung der vlämischen Frage im deutsch-nationalen Sinne beteiligt und haben unzweifelhaft die Verpflichtung, dieser nationalen Interessengemeinschaft auch an den politischen Stellen unverhüllten Ausdruck zu geben. Das kaiserliche Wort vom „größern Deutschland“ in Anlehnung an die gleiche und erfolgreiche Volksströmung in England hat wohl in den national empfindenden Kreisen, aber nicht in der amtlichen und parlamentarischen Vertretung des Reiches nachhaltigen Widerhall hervorgerufen. Im monarchischen Deutschland ist aber die öffentliche Meinung seit der äußerlichen Erreichung der Staatseinheit nicht mehr die allgewaltige, ausschlaggebende Macht. Ohne Bismarcks Zustimmung und geniale Initiative hätte sich auch keine Kolonialpolitik entwickelt. Die offizielle auswärtige Politik des Reiches ist aber immer noch von rührender Bescheidenheit. Bei der Wahrung dieses eignen Volkstums, das in Belgien nur durch deutsche Schwäche und Ungeschicklichkeit unter die geistige und tatsächliche Zwingherrschaft Frankreichs gekommen ist, bedarf es aber kräftigerer Mittel zur Anerkennung unsrer berechtigten Ansprüche. Die belgische Neutralität wird das Land nicht vor der französischen Habgier schützen, die sich doch offen genug seit Jahrhunderten bethätigt hat. In der höchsten Lebensfrage eines Volkes darf die Parteigefinnung nicht entscheiden. Dieselben Klerikalen, die, ohne zu erröten, Polen und Franzosen unterstützen, was wohl auch bloß in dieser vaterlandslosen Gruppe unsers Volks vorkommen kann, sind in Belgien die rühmlichen Vorkämpfer ihres und unsers gemeinsamen Volkstums, während die nach Frankreich schiehenden Liberalen unter dem kläglichen Wortschwall hochtönender Phrasen von Völkerfreiheit, zu deutsch: französischer Unterdrückung, ihr Stammesbewußtsein verraten und ihr deutsches Blut verleugnen.

Es ist erfreulich, daß sich bei uns die rechts stehenden Liberalen gerade in nationalen Fragen den Dank des Vaterlandes und der andern Parteien verdient haben. Leider hat die nationale Frage, die sonst gerade gegenwärtig nicht nur die europäischen Völker bewegt (selbst das buntgemischte Nordamerika fühlt sich als einheitliche Nation), bei uns der sozialen weichen müssen und unsre Aufmerksamkeit von der Bewahrung unsers eignen Volkstums, also unsrer eignen Existenz abgelenkt. Die grüblerische deutsche Neigung, die sich in unfruchtbarer Erörterung wirtschaftlicher Probleme gefällt, leistet dieser Verrückung unsers politischen Lebens leider nur allzu sehr Vorschub, wie wichtig auch die Lösung der tatsächlich bestehenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Krisis ist. Für Frankreich ist die belgische Frage eine Daseinsforderung. Belgien liefert mit Elsaß-Lothringen dem erschöpften Lande das frische deutsche Blut, um es kampffähig für die Entscheidungsschlacht zu erhalten, die es mit glühender Sehnsucht herbeiwünscht. Unsre eignen Volks-

genossen werden die besten Streiter auf feindlicher Seite sein, wie ja stets in den endlosen Eroberungskriegen französischen Übermut. Ein vlämischer Belgien bedeutet das unangreifbare Übergewicht Deutschlands, dessen natürlicher Bundesgenosse es sein wird, ohne seine Selbständigkeit aufgeben zu müssen, für deren Erhaltung schon die bundesstaatliche Verfassung des Reichs die erforderliche Gewähr bietet. Unre auswärtige Politik würde sich daher einer schweren Unterlassungssünde schuldig machen, wenn sie der Entwicklung der vlämischen Verhältnisse gegenüber gleichgiltig bliebe.

Es handelt sich um keine politische Einmischung in die innere Verwaltung eines fremden Staates. Aber wir dürfen die Angliederungsversuche, wenn sie jetzt auch nur versteckt und als moralische Eroberung auftreten, wie sie Frankreich und sein wallonischer Anhang betreiben, nicht mit falscher Gelassenheit unbeachtet lassen. Das belgische Königtum hat trotz seiner deutschen Abstammung nie national empfunden, sondern den Mantel nach dem Winde gehängt, da der Grund seiner Herrschaft in diesem Musterstaate der Verfassung nur schwankend ist. Es muß Partei für das niederdeutsche Volkstum ergreifen, sobald es dessen Stärke erkennt, die es vor den Fährnissen einer sozialen Umwälzung bewahrt, die gerade von Frankreich eifrig geschürt wird. Aus dieser Erwägung erscheint auch der deutschen Politik die Erhaltung des belgischen Scheinkönigtums wünschenswert, da die sozialistische batavische Republik sofort Anschluß an die größere französische Schwester suchen müßte und finden würde. Aber es ist ein ehrendes Zeichen für das nationale Empfinden belgischer Sozialisten, das bei unsern Gesinnungsgenossen freilich gänzlich fehlt, daß einer ihrer Abgeordneten in der Kammer für sein angestammtes Volkstum eintrat, obwohl das wesentlich liberale Wallonentum der sozialistischen Parteigesinnung mehr entspricht, und die französischen „Genossen“ nur allzu absichtlich den belgischen ihre gefährliche Freundschaft aufdrängen. Aber die vaterlandslose Feindschaft der höhern und besitzenden Stände in diesem Lande der Plutokratie hat bisher stets die endliche Forderung der Gleichberechtigung beider Sprachen trotz des unbestreitbaren und geschichtlichen Vorrechts der niederdeutschen Mundart geschickt zu vertagen verstanden.

Auch die neuste Entwicklung dieses Sprachenstreites hat die ungerechtfertigte Gegnerschaft des wallonischen Renegatentums in seiner ganzen Stärke dargethan. Die Kammer hatte die Notwendigkeit des Gebrauchs beider Sprachen im dienstlichen Verkehr des Staates, also die Anerkennung der niederdeutschen als Amtssprache neben der so lange allein herrschenden französischen durch Annahme eines entsprechenden vlämischen Gesetzesentwurfes zugestanden. Der Senat wollte bloß die Übersetzung des französischen Textes jeder amtlichen Kundgebung zulassen. Diese Abstimmung war lediglich durch den Verrat vlämischer Senatoren an der nationalen Sache möglich; aber in zwischen spann ein feines Ränkespiel geschäftig auch sinnverwirrende Fäden um

die Häupter der Abgeordneten, die nach alter schlechter deutscher Sitte die Ausländerei besonders im zierlichen französischen Gewande so inniglich lieben. Siehe da, auch die vlämische Mehrheit in der Kammer fiel um, und der bedeutungsvolle Schritt auf der Leidensbahn des niederdeutschen Volkstums in Belgien wurde verschoben. Freilich standen Hof und Regierung diesem Treiben nicht fern. Der amtliche Zuschnitt ist in Belgien noch französisch. Die Beamten und Anwälte fürchten für ihre Stellung, wenn sie plötzlich in der alten Volkssprache ihren Gedanken Ausdruck geben sollen, was sie leider trotz ihrer deutschen Abstammung mit der dem Deutschtum eignen Schnelligkeit verlernt haben.

Da man von seinen Feinden am besten lernen kann, so ist ein Hinweis auf Ungarn für die Vlamen nicht nutzlos. Dort hat auch eine absolute Minderheit durch eiserne Thatkraft und Rücksichtslosigkeit aus der rohen Sprache der Pferdehirten der Puszta in einem Menschenalter eine Amts- und Litteratursprache geschaffen. Die deutsche Kultursprache hat die Kosten tragen müssen. In Belgien ist die niederdeutsche Sprache aber die Mundart der Mehrheit und der französischen ebenbürtig. Am Ausgang des Mittelalters standen die Niederlande auf der höchsten Bildungsstufe in Deutschland, und doch war der heimatliche Laut das jetzige Vlämisch. Im Norden hat sich die niederdeutsche Sprache als Alleinherrscherin erhalten, und Holländisch und Vlämisch sind nur verschiedene Bezeichnungen für die gleiche Schriftsprache. Die mundartliche Abweichung ist geringer als in den hochdeutschen Idiomen. Unsre belgischen Volksgenossen haben ein Recht, unsre werththätige Teilnahme an ihrem Geschick zu verlangen, die sich bisher nur in platonischer Liebe geäußert hat. Ihr Führer Coremans hat dem Unterzeichneten vor Jahren seine Dankbarkeit für die deutschen Sympathiebezeugungen ausgesprochen. Aber wir können von den deutschen Belgiern das lebendige Gefühl des gemeinsamen größern Vaterlandes nicht erwarten, wenn sie nicht ein machtvolles Eintreten für das Daseinsrecht ihres Volksstammes durch ihre Brüder jenseits des Rheins sehen. Einst hat sie das habsburgische Österreich verlassen. Wollen wir diesem Beispiel folgen, um den Verlust eines weitem Gliedes des alten Reiches zu betrauern, das deutscher ist als die Lande jenseits der Elbe? An der Schelde ist uralter deutscher Volksboden; Preußen ist vorwiegend Siedlungsboden, wo der deutsche Einwanderer den vormalig germanischen Grund erst wieder dem Deutschtum gewonnen hat. Schließlich dürfte auch noch der Umstand deutscherseits nicht außer acht zu lassen sein, daß im belgischen Luxemburg und Lüttich die Volkssprache noch gegenwärtig hochdeutsch ist und als Dienstsprache gefordert wird, obwohl das amtliche Französisch reißende Fortschritte macht.

Als die Mißgunst der Großmächte den Dänen ohne jeden Grund die österreichischen Niederlande schenkte, um sie dauernd aus dem alten Reichs- und

neuen Bundesverbände zu reißen, und als Preußen nicht den Mut hatte, auf die Gefahr eines neuen Krieges hin die Wahrung der alten Reichsgrenzen zu fordern, da die preußischen Diplomaten den schlauen Künsten des proteusartigen Talleyrand nicht gewachsen waren, und des Reiches Eckstein, der Reichsfreiherr vom Stein, nicht mehr in amtlicher Stellung war, da waren die kleinen deutschen Kabinette mehr um die Erhaltung und größtenteils widerrechtliche Vergrößerung ihres Besitzstandes besorgt, als um das Vaterland selbst, das doch ihr Nährboden war und dank der äußern Einheit die Dynastien trotz all ihrer schweren Fehler um des Reiches Wohlfahrt willen auch weiter geschützt hat und schirmen wird. Aber es ist noch eine große Dankeschuld an dieses verstümmelte Vaterland abzutragen, nicht im Sinne der französischen Chauvinisten und der Reunionskammern des Sonnenkönigs, sondern auf Grund der unverwischbaren nationalen Gemeinschaft, die in Europa trotz aller sozialen und wirtschaftlichen Wirren die Voraussetzung aller Staatsbildungen der Gegenwart geworden ist und auch bleiben wird. Selbst das Ländergemengel der österreichischen Monarchie empfindet schwer diesen Zustand, wo die nationale Gleichgiltigkeit des Deutschtums verabsäumt hat, sich wie das übrige Reich die kleinen slawischen Volksplitter dauernd anzugliedern und mit seinem Wesen zu erfüllen. Dasselbe Habsburg hat auch Belgien seinem Mutterlande entfremdet. In dem neuen Geschlecht ist es, die alte Unterlassungssünde durch neue Thatkraft auf nationalem Gebiete zu sühnen. Die Knochen des pommerschen Grenadiers dürfen auf keinem türkischen Schlachtfelde bleichen. Aber auf Waterloo's Gefilden siegte er über den französischen Erbfeind und rettete Belgien wenigstens vor der unmittelbaren Einverleibung in den französischen Staat. Bekanntlich standen damals in den englischen Regimentern auch hannoversche Bauern und sonstige deutsche Freiwillige. Das deutsche Mutterland hat damals seine lange vernachlässigte Tochter, die österreichischen Niederlande, das heutige Belgien, vor der welschen Bergewaltigung bewahrt.

Das verrottete kleine Griechenland schreit trotz seiner schlechten europäischen Aufführung nach nationaler Befreiung und Einheit; Wünsche, deren Erfüllung ihm auch bei etwas größerer Bescheidenheit ebenso gewiß ist, wie Europa die künftige Angliederung Kretas an Hellas weder hindern wird noch kann. Aber Deutschland soll die Sammlung seiner Volksgenossen bei Wahrung aller Stammeselbständigkeit, die freilich auch stets unsre verhängnisvolle Schwäche bleiben wird, versagt sein? Die Thaten eines Kaisers Wilhelm, Bismarcks und Moltkes sind nicht der Abschluß der deutschen Einheit, sondern der Beginn der nationalen Wiedergeburt. Möge uns die Zukunft gleiche Männer schenken; wir dürfen nicht auf unsern Lorbeern ruhen, wie in der unseligen Schlummer- und Schlemmerzeit nach des großen Friedrichs Regierung. Stillstand ist Rückschritt. Der nationale Bestand unsers Volkstums

ist thatfächlich auch seit der Gründung des neuen Reichs noch zurückgewichen, und die welschen, slawischen und magharischen Wogen bröckeln weiter an der losen deutschen Sprachküste. Ahmen wir das Beispiel unsrer kühnen Volksgesippen in den Niederlanden nach, die ihre Deiche weit ins feindliche Meer hinausbauten und dem tückischen Elemente neue Landstriche abgewannen. Holdern auch wir das schutzlose deutsche Land in der französischen Umarmung mit unsrer waffengewaltigen Kraft ein und vollenden wir Bismarcks Werk der begonnenen Einigung aller deutschen Stämme. Auf dem alten Tummelplatz der französischen Waffen, den belgischen Blachfeldern, wird auch künftig entschieden werden, ob das Deutschtum oder die Franzosen die Vorherrschaft behaupten sollen. Ein Gleichgewicht kann es für Frankreich nicht geben, wohl aber für uns; dann jedoch müssen wir auch die nationalen Sieger sein, die ihre Übermacht niemals gemißbraucht haben.



Zum Kampf um ein Ehrengericht im ärztlichen Stande



n der Novembernummer des ärztlichen Vereinsblattes vom vorigen Jahre sind von der Redaktion über das wahrscheinliche Nichtzustandekommen ärztlicher Ehrengerichte Betrachtungen veröffentlicht worden, die ich weder für richtig, noch im Interesse des ärztlichen Standes für angebracht halte und deshalb nicht unwiderlegt lassen will.

In dem Artikel heißt es: „Man verschmäh't es, einen Einfluß zu gewinnen auf diejenigen Elemente des Standes, die, außerhalb der Vereinsorganisation stehend, sich über die Regeln des Anstands, der Kollegialität frei hinwegsetzen; man stößt das Recht der Besteuerung von sich, mit welchem man Einrichtungen zur Vinderung materieller Not der Ärzte und ihrer Familien treffen konnte. Und weshalb? Weil nicht alles so geboten wird, wie dieser und jener sich das gedacht hat, weil man ängstlich besorgt ist, den Männern, die sich der von uns selbst geschaffnen Ordnung nicht fügen wollen, einen weit über das sonst übliche Maß hinausgehenden Schutz zu gewähren, weil man Befürchtungen hegt wegen mißbräuchlicher Anwendung von Gesetzesvorschriften, die in keiner Weise möglich ist.“ Zum Schluß heißt es noch: „Es ließe sich über das Thema noch gar vieles sagen, aber es nützt ja nichts, und die Beschäftigung mit dem Thema ist uns verleidet.“